

## **Protokollentwurf des 70. bundesweiten Treffens des ABSP am 11.6.2016 in Magdeburg**

Teilnehmer aus Braunschweig, Gießen, Göttingen, Halle, Karlsruhe, Magdeburg, Stuttgart und Zeitz

### **TOP 1 Formalia**

Eröffnung: Göttingen  
Moderation Halle und Zeitz  
Protokoll: Halle

Die Tagesordnung wurde um den Punkt Unterstützung einer Kampagne gegen Leiharbeit und Werkverträge erweitert und gemäß Rundmail vom 10.6.2016 im TOP 3 berücksichtigt.

Dem Entwurf des Protokolls des letzten Treffens am 9.4.2016 wurde einstimmig ohne Enthaltungen zugestimmt.

Statt einer Vorstellungsrunde gab es eine Runde mit Berichten jeweils zu aktuellen Problemen und Entwicklungen in den Regionen. Es ergab sich im Wesentlichen ein ergebnisoffenes Brainstorming zu den Themen ‚*Wer bezahlt Was?*‘ und ‚*Wen können wir Wie erreichen?*‘. U. a. wurde von der Etablierung eines Forums für soziale Gerechtigkeit in Stuttgart berichtet.

Der gesellschaftliche Zusammenhang von verschärfter Ausbeutung, Kapitalexpert, Aufrüstung und Rüstungsexporten, Unterstützung von reaktionären Kräften im Ausland und Militäreinsätzen der NATO wurde deutlich gemacht auch anhand der Wohnungspolitik und der Repression gegen Migranten und Kriegsflüchtlinge. Die Wiedereinführung von 1€-Jobs für Flüchtlinge stellt einen erneuten Angriff auf die Gewerkschaften dar.

In seinen Aktivitäten balanciert das ABSP zwischen den Parteien, um Forderungen einzubringen, die den Lohnabhängigen zu Gute kommen und das Kapital schwächen. Nebenbei entwickelt das ABSP einen kämpferischen Klassenstandpunkt in der Breite der Gesellschaft.

TOP 3 wurde vor TOP 2 behandelt.

### **TOP 3 Schluss mit dem Tarifvertrag Leiharbeit?**

Es gibt die Anfrage, ob das ABSP die Kampagne, die Labournet in Kürze initiiert, gegen einen Neuabschluss eines Tarifvertrags (TV) zur Leiharbeit, unterstützt.

Diskussion dazu:

Die Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) wird den bisherigen Missbrauch der Leiharbeit nur legitimieren.

Das Kapital versucht konkurrierende Gewerkschaften zu benutzen um den DGB zu schwächen, der DGB ist unsere Gewerkschaft und wir müssen ihn verteidigen und unterstützen (auch wenn führende Bürokraten selber das Tarifeinheitsgesetz abgesegnet haben).

Nicht wenige in der Gewerkschaftsführung waren und sind sich unsicher in ihrem Verhalten gegenüber prekären Gewerkschaftsaktivisten. Auch scheinen Teile der Gewerkschaftsführung gar nicht zu wissen, was Leiharbeit bedeutet und so können sie dadurch schlecht die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, auch weil sie grundlegende Diskussionen über die Leiharbeit in der Vergangenheit unterdrückten.

Die Novellierungen des AÜG und des TV's in der Leiharbeit stellen eine verschärfende Fortsetzung der Agenda 2010 dar.

Leiharbeit wird schlecht bezahlt, sie unterläuft Tarifverträge, drückt die Löhne nach unten und ist ganz einfach Sklaverei pur.

Zusätzlich kommen für viele Leiharbeiter noch die Gängelei und die Sanktionsandrohungen der Jobcenter hinzu.

Leiharbeiter haben durch die konkrete Atomisierung wenig Zeit und geringe Gelegenheiten für eine Selbstorganisation.

einstimmiger Beschluss ohne Enthaltung:

**Das ABSP wird sich an den Aktivitäten für eine Initiative zum Beenden des TV's Leiharbeit beteiligen, damit dann für Leiharbeiter wie es im Gesetz grundlegend festgelegt ist, Equal Pay gilt.**

## TOP 2 Stand der Kampagne 500-10 (steuerfrei)

Die Teilnehmer berichteten von den Aktivitäten im Aktionsmonat für die Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns und von ihren Ergebnissen bei der lokalen Arbeit. Traditionelle Methoden (Verteilen von Flyern, Sammeln von Unterschriften) sind im Allgemeinen nur örtlich begrenzt. Zusätzliche Verbreitung wäre über das Internet mit Hilfe eines geeigneten Instrumentes möglich und sollte genutzt werden.

Eine Petition erreicht mehr Leute und überwindet lokale Grenzen, wie auch Organisationsgrenzen.

Als mögliche Plattformen solcher elektronischer Verteilung wurden campact <http://www.wemove.eu/>, <https://www.openpetition.de/> und <https://www.change.org/> (allerdings mit schlechterem Ruf, was die Frage des Datenschutzes angeht) erwähnt.

Zusätzlich ist es immer noch wichtig, unsere Forderungen in die Gewerkschaften zu tragen. Petitionen können geschickt eingesetzt über große Zahlen Druck aufbauen, sie können aber auch verpuffen. Über die Gewerkschaftsbasis und auch kleinere, in lokalen Einheiten oder auch nur für Teilbereiche entscheidungsbefugte Gremien können wir den Widerstand in den Gewerkschaftsgremien und in den Parteien brechen. Ohne gewerkschaftliche Unterstützung kommen wir nicht voran.

Das ABSP sollte also für die weitere Verbreitung der Plattform 500-10 (steuerfrei) eine Online-Plattform benutzen und die Forderung so formulieren, dass die Gewerkschaften mit einsteigen können.

Der DGB lieferte dafür eine gute Zuarbeit: [https://www.projekt-zukunft-ost.de/fileadmin/user/News/2016/Dokumente/18\\_2016\\_klartext\\_AfD-Wirtschaftsprogramm.pdf](https://www.projekt-zukunft-ost.de/fileadmin/user/News/2016/Dokumente/18_2016_klartext_AfD-Wirtschaftsprogramm.pdf)  
Die dortige Grafik verweist auf die Vermögensverteilung, aber nicht auf die Vermögenszuwächse durch die Steuerpolitik in den letzten Jahrzehnten.

Letzteres ist aber durch den Flyer bei den Linken in Niedersachsen möglich. ([http://www.dielinke-nds.de/fileadmin/DasMussDrinSeinFiles/Faltblatt\\_Mindestlohnsteuerfrei\\_Nds\\_web.pdf](http://www.dielinke-nds.de/fileadmin/DasMussDrinSeinFiles/Faltblatt_Mindestlohnsteuerfrei_Nds_web.pdf))

Die Forderung nach der Lohnsteuerfreiheit hat die Gewerkschaftlinke (GL) beim ver.di Bundeskongress unterstützt, andererseits formulierte die GL selber 12 € bzw. 12,50 € als Mindestlohnforderung, aber nicht explizit die Steuerfreiheit des Mindestlohns.

Auch wenn das höchste Gremium dort dies nicht offiziell unterstützt, heißt es dennoch nicht, dass die Basis der GL dies nicht tun wird.

Eine systematische Arbeitsweise des ABSP ist in diesem Punkt erforderlich, damit es bei der GL eine deutliche Anerkennung unserer Forderung nach der Steuerfreiheit des Existenzminimums gibt.

Der Schwachpunkt ist, dass sich die Gewerkschaften völlig unzureichend um die Prekären und um die Erwerbslosen kümmern, dies muss gemeinsam mit der GL und dem DGB überwunden werden.

Die Spaltung in den Gewerkschaften und in den linken Parteien kann und muss über die Forderung steuerliche Anerkennung des Existenzminimums von Beschäftigten beseitigt werden.

So wie die Gewerkschaften um die Lohnhöhe kämpfen, sollten sie auch um die Höhe des Existenzminimums kämpfen.

Für eine solche Petition sollte der Bundestag der Adressat sein, der zu einer Handlung aufgefordert wird. Um Druck aufzubauen und eine möglichst große Verbindlichkeit für potentielle (hoffentlich viele tausend) MitzeichnerInnen herzustellen, wäre es hilfreich, weitere Organisationen zu gewinnen, die eine solche Petition mit initiieren.

Solche Akteure könnten sein:

- Gewerkschaften
  - Mieterverbände
  - karitative Institutionen,
  - Landesverbände von Parteien
- (Liste ohne Gewähr auf Vollständigkeit)

Im Bundestagswahlkampf kann die Petition die MdB's besser unter Druck setzen als ein persönliches Anschreiben an die MdB's wie vor zwei Jahren, wo nur die Sprecher der Parteien darauf reagierten. Allerdings stellt sich die Frage nach dem danach, nach der Aufforderung zum Unterzeichnen der Petition und dem Erreichen einer gewissen Anzahl von Unterstützern.

Hier geht es nur wie schon früher darum: Intervenieren mit den Flyern dort, wo klassenkämpferische Auseinandersetzungen stattfinden, die gewerkschaftliche und andere soziale Fragen betreffen. Verbreitung der Forderungen und ihrer Begründungen auch auf der Straße. Vielleicht wollen Leute, die die Petition unterzeichnet haben, noch mehr dafür tun. Es gibt Petitionsplattformen, welche solche Nachanfragen an die UnterzeichnerInnen ermöglichen. Viele Kampagnen arbeiten mit diesen Mitteln.

#### **TOP 4 Weitere Themen der Sozialproteste**

##### **Steuerkonzept der Partei DIE LINKE, Unternehmensbesteuerung/Körperschaftsteuer**

Im letzten Protokoll wurde der Wortlaut eines Beschlusses des Parteivorstandes der Linken bekannt gegeben, dass orientiert an der geforderten Mindestsicherung für Erwerbslose eine Anhebung jährlichen des Grundfreibetrags von 8.600 auf 12.600 Euro gefordert wird.

Der genannte Betrag von 1.050 €/Monat, 12.600 €/Jahr solle aber nicht 8,50 € steuerfrei bedeuten, weil damit der Einstieg in die Systematik, wie vom Bundesparteitag beschlossen, „Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns“, gemacht würde. Die dem Parteivorstand zuarbeitende AG „Umverteilung und Steuergerechtigkeit“ sieht die Steuerfreiheit des von der Linken geforderten 10 € Mindestlohns als Milliardengrab, d. h. die Linke empfiehlt die Besteuerung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 €. Dies konterkariert die Anerkennung des Mehrbedarfs von Beschäftigten, empfiehlt also die Besteuerung deren Existenzminimums.

Lesbar im Bericht der AG Umverteilung und Steuergerechtigkeit: *„10 € Mindestlohn wären ein Milliardengrab“* und mehr. ([www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=3107&file=0/7/4ae.pdf](http://www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=3107&file=0/7/4ae.pdf))

Zurückhaltend ist das Steuerkonzept der LINKEN bei der Unternehmensbesteuerung. Nur die Senkung der Körperschaftsteuer (diese Steuer zahlen Konzerne) durch die Große Koalition im Jahr 2008 von 25 % auf 15 % soll zurückgenommen werden. Die Senkungen von 56 bis auf 25 Prozent, welche vorher vor allem durch Rot-Grün vorgenommen worden waren, sollen bestehen bleiben.

Das Steuerkonzept der Bundesregierung und bisher aller Bundestagsparteien orientiert sich daran, dass die großen Kapitale von Steuern entlastet werden sollen. Alles andere wird dem untergeordnet.

Wir sehen die Forderung nach der Unangetastetheit des Existenzminimums als Grundlage für alle Forderungen. Unsere Forderung nach der Anerkennung des Mehrbedarfs von Beschäftigten soll eine Ungerechtigkeit beseitigen und die weitere Spaltung von Erwerbslosen und Prekären im Niedriglohn (von Aufstockern und nicht aufstockenden Niedriglöhnern) beseitigen, allen Lohnabhängigen nützen und die Reichen, die Konzerne und die Banken zur Kasse bitten.

Ein Antrag beim Bundesparteitag der LINKEN zur Körperschaftssteuer lag vor, wurde aber nicht bearbeitet. Dieser Antrag forderte die Wiederanhebung der Körperschaftssteuer auf 50 % wie in den 90-iger Jahren.

Es gab allerdings eine Teilübernahme dieser Forderung durch den Parteivorstand, die Formulierung, dass durch die Anhebung der Körperschaftssteuer viele Milliarden Euro an Mehreinnahmen durch den Staat möglich wären - ohne Nennung einer Forderung als Prozentzahl. Die Antragssteller versäumten es, formal mitzuteilen, dass sie ihren Antrag trotz Teilübernahme durch den Parteivorstand aufrecht erhielten. Daher wurde der Antrag nicht mehr behandelt.

Es gibt zu der Frage des Steuerkonzeptes in der Partei weiteren Gesprächsbedarf und auch eine entsprechende beiderseitige Bereitschaft.

#### **TOP 5 Aktuelles**

Solidarität mit den um ihre Rechte kämpfenden Kollegen in Frankreich.

Es gab den Vorschlag einer Erklärung zur Solidarisierung mit den protestierenden Gegnern des Imperialismus in Frankreich. Der geplante Sozialabbau in Frankreich erinnert an die Agenda 2010 in Deutschland.

Durch das Erstarken des deutschen Imperialismus nach der kapitalistischen Wiedervereinigung, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der anderen europäischen Staaten, die eine sozialistische Wirtschaftsordnung verfolgten, und insbesondere mit der Einführung der Hartzgesetze durch Rot/Grün geriet das europäische Proletariat unter Druck und das Kapital in den anderen Ländern der EU begann mit

massiven Angriffen auf die von den Landesgewerkschaften erkämpften verbliebenen Errungenschaften des Proletariats und der Mittelschichten.

Neben den gemeinsamen internationalen Interessen des Kapitals kommen aber auch immer deutlicher die Rivalitäten nationalistischer Kräfte des Kapitals zum Vorschein. Für das ABSP ist der Kampf für die Anerkennung des Existenzminimums und gegen die Besteuerung des Existenzminimums in der BRD ein Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Einheit der Ausgebeuteten weltweit.

Schluss mit der Finanzierung von Rüstung, Kriegen und imperialistischen ‚Friedensaktivitäten‘, finanziert durch die räuberische Steuerpolitik der Reichen. Schluss mit der kapitalistischen Ausbeutung.

Nächster Termin 13.8.2016